



## Wortprotokoll der 113. Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

Berlin, den 22. März 2017, 10:45 Uhr

Paul-Löbe-Haus

PLH E.700

Vorsitz: Bärbel Höhn, MdB

### Tagesordnung - Öffentliches Fachgespräch

Seite 3

**mit dem Wissenschaftlichen Beirat der  
Bundesregierung Globale Umweltveränderungen  
(WBGU) zu dem Hauptgutachten 2016 des WBGU**

**„Der Umzug der Menschheit:  
Die transformative Kraft der Städte“**

**dazu:**

**Prof. Dr. Sabine Schlacke**

**Dr. Inge Paulini**

**Selbstbefassung 18(16)SB-204**



### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Dött, Marie-Luise Gebhart, Dr. Thomas Göppel, Josef Grundmann, Oliver Haase, Christian Jörrißen, Sylvia Kanitz, Steffen Magwas, Yvonne Marschall, Matern von Möring, Karsten Müller (Braunschweig), Carsten Petzold, Ulrich Schulze, Dr. Klaus-Peter Vogel (Kleinsaara), Volkmar Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Bareißen, Thomas Benning, Sybille Gundelach, Dr. Herlind Gutting, Olav Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lagosky, Uwe Lerchenfeld, Graf Philipp Liebing, Ingbert Luczak, Dr. Jan-Marco Nüßlein, Dr. Georg Obner, Florian Pols, Eckhard Wittke, Oliver Woltmann, Barbara Zimmer, Dr. Matthias
SPD	Bülow, Marco Groß, Michael Lotze, Hiltrud Miersch, Dr. Matthias Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Schwabe, Frank Tausend, Claudia Thews, Michael Träger, Carsten	Bartol, Sören Burkert, Martin Daldrup, Bernhard Held, Marcus Lemme, Steffen-Claudio Malecha-Nissen, Dr. Birgit Röspel, René Scheer, Dr. Nina Scho-Antwerpes, Elfi Vogt, Ute
DIE LINKE.	Lay, Caren Lenkert, Ralph Menz, Birgit Zdebel, Hubertus	Bluhm, Heidrun Bulling-Schröter, Eva Tackmann, Dr. Kirsten Zimmermann, Pia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kotting-Uhl, Sylvia Kühn (Tübingen), Christian Lemke, Steffi Meiwald, Peter	Baerbock, Annalena Höhn, Bärbel Paus, Lisa Verlinden, Dr. Julia



## Öffentliches Fachgespräch

mit dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) zu dem Hauptgutachten 2016 des WBGU

„Der Umzug der Menschheit:  
Die transformative Kraft der Städte“

dazu:

Prof. Dr. Sabine Schlacke  
Dr. Inge Paulini

### Selbstbefassung 18(16)SB-204

#### verbundene Dokumente:

BT-Drucksache 18/9590 Unterrichtung

Stellungnahme Ausschussdrucksache 18(16)542  
(Anlage 1)

Power-Point-Präsentation (Anlage 2)

**Vorsitzende:** Ich eröffne die 113. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Wir haben eine knappe Stunde für ein öffentliches Fachgespräch zu einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Es geht um das Hauptgutachten 2016: „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“.

Wir erleben, dass es immer mehr Menschen in die Städte zieht. Wir sehen auf der anderen Seite, dass – gerade was die Klimakrise angeht – sehr, sehr viele CO<sub>2</sub>-Emissionen gerade in diesen Städten stattfinden. Deshalb müssen wir uns viel stärker als bisher um die Situation in den Städten kümmern. Wie können wir dort CO<sub>2</sub> reduzieren? Wie können wir auf der anderen Seite die Lebensbedingungen dort gestalten? Wie sieht es mit der Gefahr in diesen Städten aus, wenn die Meeresspiegel steigen? Es sind ganz, ganz viele Fragen, die die Städte betreffen. Wir haben das Gutachten selbst – als Sie es übergeben haben – hier schon einmal andiskutiert. Das heißt, die Berichterstatter haben sich dieses Gutachten schon vor einiger Zeit zu Gemüte geführt. Wir freuen uns sehr, dass wir Sie, Frau Prof. Dr. Sabine Schlacke, hier begrüßen können; dass Sie uns das Gutachten hier im Ausschuss vorstellen und dass wir danach auch noch mit Ihnen darüber diskutieren können. Wir werden pünktlich um 12.45 Uhr schließen müssen, da wir dann den

neuen Bundespräsidenten in einer Feierstunde im Bundestag begrüßen. Deshalb gebe ich Ihnen direkt das Wort, Frau Prof. Dr. Schlacke, dass Sie mit Ihrer Powerpoint-Präsentation anfangen können.

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank, dass ich heute hier die Gelegenheit habe – und das ist mir auch eine große Freude –, unser Hauptgutachten mit dem Titel „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“, das wir im April 2016 der Bundesregierung übergeben haben, Ihnen hier präsentieren zu dürfen. Ich kann hier natürlich nicht die über 400 Seiten in Gänze vorstellen, sondern muss einfach Schwerpunkte legen; das werde ich versuchen.

Ausgangspunkt war unser Hauptgutachten: „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Dieses Gutachten haben wir 2011 präsentiert. Wir haben nun in dem Gutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ – das auch hier in diesem Ausschuss diskutiert wurde – drei Bereiche als zentrale Transformationsfelder ausgemacht, einmal „Energie“, zum Zweiten „Landnutzung“ und zum Dritten das Transformationsfeld „Urbanisierung“. Diese drei Transformationsfelder sind im Grunde die Basisstrukturen der Weltwirtschaft. Als wir 2013 mit unserem Urbanisierungsgutachten in der Bearbeitung gestartet sind, war unser Ziel, dass wir rechtzeitig vor der dritten Konferenz der Vereinten Nationen zum Siedlungswesen UN-Habitat-III – die im Oktober letzten Jahres in Quito stattfand – das Urbanisierungsgutachten vorlegen wollten. Diese Konferenz – und das muss man sich vor Augen halten, darauf komme ich am Ende noch zu sprechen – findet nur alle 20 Jahre statt. Also 20 Jahre sind jetzt erst einmal tatsächlich wieder zu absolvieren, bevor sich die UN wieder intensiv in einer großen internationalen Konferenz mit dem Siedlungswesen beschäftigt. Das heißt, sehr wichtig jetzt – und darauf möchte ich Sie an dieser Stelle schon aufmerksam machen: Konzentration ist für den Folgeprozess erforderlich, nach Quito 2016. Was ist jetzt an Hebeln, was ist jetzt an Weichen zu stellen?

Ausgangspunkt für unser Gutachten war auch die Feststellung, dass wir in einem Jahrhundert der Städte leben. Was heißt das genau? Das ist kaum zu



beschreiben, aber vielleicht kann ich es an dieser Grafik punktuell erläutern. Urbanisierung hat als Phänomen eine derartige Wucht, dass wir sagen müssen: So etwas haben wir bislang wohl kaum erlebt und vor allen Dingen bislang auch kaum erforscht. Das, was an Urbanisierung in den nächsten 30 bis 50 Jahren passieren wird, ist kaum prognostizierbar. Ich mache es mal nur an dem demografischen Wandel deutlich, der hier auf dieser Grafik abgebildet ist. Ansatzweise wird diese Wucht deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass jetzt bereits die Hälfte der Menschen auf diesem Globus, nämlich 3,5 Milliarden, in Städten leben. 2050 werden es 7 Milliarden Menschen sein, also fast zwei Drittel der dann angenommenen Weltbevölkerung, die ja auf 9 bis 9,5 Milliarden steigen wird. 2 bis 3 Milliarden werden in den nächsten 35 Jahren vom Land in die Stadt gedrängt. Das heißt, wir haben uns die größte Migrationsbewegung, die dieser Globus bislang erlebt hat, zu vergegenwärtigen. Wir werden auch erleben, dass der Großteil dieser Menschen nicht in Megacities lebt, sondern in mittleren und kleineren Städten. Die Wucht der Urbanisierung – auch das muss man sich vor Augen halten – findet nicht global flächendeckend gleichmäßig statt, sondern vor allen Dingen in Asien und Afrika.

Ferner bedeutet diese Wucht der Urbanisierung, dass wir es mit einer Wucht auch an Diversität und Gegensätzlichkeit zu tun haben. Was bedeutet das? Wir haben einmal reife, gereifte Städte: Hier das Bild von Kopenhagen, eine Stadt, die eine an Menschen orientierte Pionierin nachhaltiger Stadtplanung ist. Diese gereiften und reifen Städte brauchen bis 2050 auch eine Modernisierung; nach unserer Auffassung natürlich in Richtung Nachhaltigkeit; selbst Kopenhagen, das haben wir untersucht. Ferner haben wir es mit Städten zu tun, die mit rapider informeller Urbanisierung – man könnte auch sagen Entwicklung von Slums – konfrontiert sind, wie hier Neu Delhi. Mit diesen Städten. Drittens, eine weitere Kategorie, wenn man so will: Wir haben es mit neu geplanten Siedlungen vom Reißbrett, wie sie etwa in Riad zu beobachten sind, zu tun. Bis zu 1,5 Milliarden Menschen werden bis 2050 in solch schnell wachsenden, geplanten Siedlungen wohnen.

Wir haben es aber auch mit einer Diversität zu tun, die auf die Individualität abstellt. Wir haben gleichsam zu unserem Gutachten auch ein Comic

entwickelt – das ist ein neues Format – und hier haben Sie einmal die verschiedenen individuellen, diversen Typen, die die Welt kennt; sicherlich nicht abschließend...

Drei Herausforderungen haben wir zu bewältigen; das ist auch nicht abschließend, aber das sind für uns die größten Herausforderungen:

Die erste Herausforderung heißt „Infrastruktur“. Wir benötigen – nur um ein Beispiel zu nennen –, um diese demografischen Herausforderungen zu bewältigen, einen zusätzlichen Infrastrukturbedarf. Das bedeutet, der muss so groß sein wie derjenige, den wir von 1850 bis heute erlebt haben. Das sind Schätzungen.

Zweiter Punkt: „Umweltauswirkungen und Ressourcennachfrage“. Beide werden enorm steigen. Allein der Neubau mit konventionellen Technologien und Materialien könnte 2008 bis 2050 350 Gigatonnen CO<sub>2</sub> generieren. Wenn wir uns vor Augen halten – also wenn wir das konventionell weiterbetreiben, so wie es bislang auch in Städten betrieben wird –, dass wir weltweit noch 800 Gigatonnen CO<sub>2</sub> als Budget übrig haben, um die CO<sub>2</sub>-Leitplanke nicht zu überschreiten, die als Klimaschutzziel im Pariser Übereinkommen verbindlich festgelegt ist, dann wissen wir, dass wir das – wenn wir „business as usual“ betreiben – weit, weit überschreiten werden. Zement ist einer der Haupttreiber des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – das möchte ich nicht unterlassen, zu betonen. In China etwa wurde in den zwei Jahren 2008 bis 2010 mehr Zement verbraucht als im gesamten 20. Jahrhundert in den USA. Ferner haben wir uns als Herausforderung auch zu vergegenwärtigen, dass schon jetzt 70 Prozent der globalen Energienutzung und der globalen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Städten stattfinden und emittiert werden. Das heißt als ganz klare Aussage: Es wird sich in den Städten entscheiden, ob eine globale nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann – orientiert an den Klimaszutzielen des Pariser Übereinkommens oder auch der Agenda 2030.

Die dritte große Herausforderung ist „Armut und sozioökonomische Disparitäten“, mit denen wir konfrontiert sind. Bereits gegenwärtig fehlt es an einer Basisversorgung. 750 Milliarden Menschen weltweit sind ohne Zugang zu angemessener sanitärer Versorgung, 150 Millionen Menschen weltweit ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ungleichheit ist ein Thema; sie ist besonders groß und



hoch in Osteuropa, Südostasien, aber auch in Südamerika, Afrika und im Mittleren Osten. Grundaussage zu diesem Themenfeld aus unserer Perspektive: Wir müssen auf die Stadtentwicklung der ärmsten 40 Prozent der globalen urbanen Bevölkerung fokussieren. Das sind erst einmal sozusagen Annäherungen an das Phänomen Urbanisierung.

Nun zum Stand der Forschung: Wir haben natürlich viele, viele Forschungsergebnisse in unser Gutachten einbezogen. Wir haben vor allen Dingen aber auch circa 20 Globalberichte zur Urbanisierung studiert und analysiert und festgestellt, dass es bislang an einer Konvergenz in der Problembeschreibung fehlt. Wir haben hier keinen integrativ-systemischen Zugriff. Wir haben vor allen Dingen sehr viele sektorale Betrachtungsweisen, die dann aber auch gleichsam wieder begrenzt sind. Damit haben wir auch nur sektorale Lösungen. Das heißt, wir brauchen eine viel stärkere, übergreifende, systemische Herangehensweise, um das Phänomen Urbanisierung überhaupt zu verstehen. Den meisten Berichten fehlt es darüber hinaus an einer langfristigen, transformativen Sichtweise; also an einer Sichtweise, die auch auf Nachhaltigkeit und der Transformation zur Nachhaltigkeit orientiert ist. Das heißt, wir haben uns erst einmal mit unserem Blick der Nachhaltigkeit diesem Thema gewidmet und haben herausgearbeitet, dass es mit einem systemisch-integrativen Ansatz acht sehr, sehr wichtige transformative Handlungsfelder gibt. Die will ich kurz benennen; fünf von ihnen sind auch international stark diskutiert. Das sind: „De-karbonisierung, Energie und Klimaschutz“, „Mobilität und Verkehr“, „Armutsbekämpfung und sozioökonomische Disparitäten“, „baulich-räumliche Gestalt von Städten“ und die „Anpassung an den Klimawandel“. Es gibt aber aus unserer Sicht auch sehr, sehr wichtige Felder, die gar nicht berücksichtigt oder auch nur thematisiert werden. Das ist vor allen Dingen die „urbane Flächennutzung“, vor allen Dingen auch der Bezug Stadt – Raum, Stadt – Umgebung, also sozusagen bauliche Konzentrationen und raumordnerische Konzentrationen. Der zweite Punkt sind „Materialien und Stoffströme“ und der dritte Punkt ist „urbane Gesundheit“. Das sind im Grunde sozusagen blinde Flecken in der Urbanisierungsforschung, die auf jeden Fall sehend gemacht werden müssen.

**Vorsitzende:** Sie hätten dann noch drei Minuten für Ihre neun restlichen Folien...

**Prof. Dr. Sabine Schlacke (WBGU):** Nach meiner Uhr habe ich noch sechs Minuten... Ok, dann überspringe ich jetzt die transformativen Handlungsfelder, die alle auch nachlesbar sind.

Dann würde ich jetzt zu dem Ansatz kommen, den wir neu entwickelt haben und der – glaube ich – auch in diesem Ausschuss von Interesse sein wird. Bei den transformativen Handlungsfeldern ist es so, dass wir natürlich in gewisser Weise immer noch sektoral denken. Deshalb haben wir uns gesagt: Was gibt es denn für einen „Kompass“? Was gibt es denn für ein Leitkonzept, das wir den Städten mitgeben können, aber genauso den Staaten, damit sie eine nachhaltige Stadtentwicklung auf den Weg bringen? Da haben wir drei Punkte ausgemacht: Wir sehen hier einmal – die „natürlichen Lebensgrundlagen erhalten“. Das ist sozusagen eine Banalität, aber nicht für die Urbanisierung. Denn bislang orientiert sich die Urbanisierung nicht an den planetaren Leitplanken wie etwa der CO<sub>2</sub>-Leitplanke, sondern lediglich an lokalen Umweltkonzepten. Das ist der erste Punkt, wir müssen die planetarischen Leitplanken auch für die Städte als tatsächliche Begrenzung ihres Handelns sehen.

Dann haben wir gesagt: Die Städte müssen auch eine gewisse Mindestvoraussetzung schaffen, damit Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner „teilhabe“ können. Diese Teilhabe bezieht sich auf politische Teilhabe, auf wirtschaftliche Teilhabe. Grundvoraussetzung ist natürlich eine Grundversorgung aller Bewohnerinnen und Bewohner, wie etwa mit Wasser, wie etwa der Zugang zu sanitären Einrichtungen. Das dritte Kriterium, das wir entwickelt haben, ist die „Eigenart“. Ich glaube, das ist das Neuartige an unserem Kompass. Wir haben gesagt, bei allen Entscheidungen sollte man die sozio-kulturelle und räumliche Vielfalt der Städte berücksichtigen. Städte sind so eigenartig, dass wir ihnen diese Eigenart nicht nehmen müssen; aber die muss in Richtung Nachhaltigkeit gestaltet werden; die muss gestaltet werden in Richtung Teilhabe. Das heißt, Städte müssen Gestaltungsspielräume schaffen und dieser Gestaltungsspielraum findet sich hier in der Mitte, wo die Menschen leben, wo die Menschen agieren. Ihnen sollen Lebensqualität, Ortsidentität und Selbstentfaltung ermöglicht werden. Das noch einmal zur Diversität von Städten in Bezug auf die Eigenart; soziale Kohäsion, Kreativität und Innovation sollen ermög-



licht werden. Das ist ein Punkt, der nur gestalterisch zu bewältigen ist und wo es bislang kaum Forschung oder Vorgaben gibt.

Des Weiteren haben wir durch unsere Studien festgestellt, dass es zur Governance der urbanen Entwicklung kaum Ergebnisse gibt; kaum Zahlen, die man vorlegen könnte. Wir haben uns überlegt: Was wäre denn eine gute „Verantwortungsarchitektur“? Da haben wir ein Diagramm entwickelt, das sieht sehr wirr aus, aber es ist von Ansätzen geprägt, die in Deutschland sehr gut bekannt werden. Das ist die Stadtregierung ganz unten; die muss ermächtigt und befähigt werden, diese Gestaltungsspielräume im Sinne der Eigenart tatsächlich zu eröffnen und überhaupt zu kreieren. Das wird zum Beispiel möglich, wenn Städte konstitutionell anerkannt werden. Da werden Sie sagen: „Naja, das Recht auf kommunale Selbstverwaltung haben wir doch in unseren Verfassungen, das hat doch jede Stadt“. Aber das ist natürlich im weltweiten Maßstab eine absolute Ausnahme. Wir brauchen also das Recht auf kommunale Selbstbestimmung. Dann befindet sich aber jede Stadt in einem Staat. Das heißt, auch die Staaten haben eine Verantwortung für die Transformation zur Nachhaltigkeit und müssen die Städte finanziell und auch institutionell hinreichend ausgestalten. Die Staaten haben eine Verantwortung in der Staatengemeinschaft. Hier sollten die Belange von Städten auch zur Sprache kommen. Sie sollten in internationale Entscheidungsprozesse eingebunden werden, nicht als Subjekte des Völkerrechts – das wäre sicherlich ein Schritt, der sehr weit gehen und auch von den Nationalstaaten sicherlich nicht zugelassen würde –, aber sie sollten Mitspracherechte haben. Daneben sollten Städte befähigt werden, auch Netzwerke zu bilden, gerade auch im Bereich der Nachhaltigkeit und vor allen Dingen nicht nur mit Städten, sondern auch mit Akteuren der Zivilgesellschaft, wie etwa Unternehmen, NGOs usw.

Das ist das, was ich zu dieser Folie sagen wollte und am Ende: Der Punkt „Chartas für urbane Transformation auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene“ sollten vereinbart werden. Das wäre eine ganz konkrete Folgerung.

Noch einen Blick auf die Governance im internationalen Bereich: Ich habe eingangs erläutert – und dies ist jetzt auch die letzte Folie – dass wir eine

Habitat-Konferenz hatten. Diese Habitat-Konferenz – muss man sagen – war letztlich aus unserer Perspektive enttäuschend. Es gibt zwar als Ergebnis eine sogenannte „New Urban Agenda“, aber das Ganze muss jetzt operationalisiert werden. Das ist kein verbindlicher völkerrechtlicher Vertrag, das sind Absichtserklärungen, die vor allen Dingen aber defizitär sind. Wir haben bislang in diesen Absichtserklärungen die ökologische Nachhaltigkeit und auch die Teilhabe nicht hinreichend betont erhalten. Wir haben keine institutionelle Ausgestaltung dieses Prozesses. Wir haben keine finanzielle Ausgestaltung. Das Ganze wird an die Vereinten Nationen delegiert, an den Generalsekretär und man trifft sich in diesem Jahr zwei Mal. Das wären vielleicht Ansatzpunkte, um das Ganze runterzubrechen. Man hat das Thema Urbanisierung im Grunde kleingekocht und man müsste es hochkochen und auch in anderen Foren etablieren, wie zum Beispiel auf der Agenda der G7 und der G20 und insgesamt zum zentralen Thema der Weltpolitik machen. Das heißt, wir brauchen am Ende eine globale Charta nachhaltiger Entwicklung. Ich bedanke mich!

**Vorsitzende:** Das war sehr informativ, herzlichen Dank, das waren für uns auch sehr, sehr wichtige Informationen. Nunmehr will ich Frau Dr. Inge Paulini begrüßen, die neben Frau Prof. Dr. Schlacke sitzt. Ich begrüße auch herzlich unsere Gäste und möchte Ihnen mitteilen, dass fotografieren, filmen nicht erlaubt bzw. nur mit besonderer Erlaubnis möglich sind. Das Ganze ist live im Internet zu sehen. Die Sitzung wird digital aufgezeichnet. Diskussionen, Powerpoint-Präsentationen sind im Internet verfügbar.

Wir würden gern wie bisher ein Wortprotokoll machen. Wenn ich keinen Widerspruch sehe, ist das hiermit beschlossen.

Wir haben auch ein etwas geändertes Verfahren; das heißt, die Abgeordneten, die jetzt Fragen stellen, haben ein Kontingent von fünf Minuten. Wenn Sie eine kurze Frage stellen, kann die Sachverständige länger antworten oder Sie können auch noch einmal eine Nachfrage stellen. Wir müssen uns ein bisschen beschränken, damit alle Fraktionen zwei Mal drankommen. Das wird ein bisschen knapp, also wenn Sie nicht alle die fünf Minuten einhalten, kriegen wir es hin.



Abg. **Kai Wegner** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, vielen Dank für den Hinweis, die Botschaft ist angekommen. Ich möchte allen voran dem Wissenschaftlichen Beirat, liebe Frau Prof. Schlacke, ganz herzlich danken. Auf den 500 Seiten, die Sie uns hier zur Verfügung gestellt haben – aus dem Hauptgutachten – spürt man wirklich... ja, die Seiten legen geradezu Zeugnis ab über die Kompetenz beim Thema Urbanisierung, aber auch beim Thema Stadtentwicklung. Ich finde, hier ist ja Deutschland durchaus beispielgebend – bei der ganzen Thematik Urbanisierung. Wir haben einen Trend in die Städte. Sie haben das beschrieben – „Das Jahrhundert der Städte“. Das bietet Chancen, aber eben auch große Herausforderungen; das wird bei Ihnen deutlich. In der Tat, wir brauchen eine nachhaltige Urbanisierung, auch das haben Sie sehr ausführlich beschrieben. Ich bin ganz optimistisch, was Deutschland angeht. Ich glaube, wir können wirklich Vorlagengeber sein, weil wenn ich mir die jüngste Studie zur Lebensqualität in großen Städten anschau: Da schneidet Deutschland wirklich außerordentlich gut ab; die deutschen Städte schneiden da außerordentlich gut ab. Auch wenn es weiterhin natürlich Herausforderungen auch in Deutschland gibt, was die Urbanisierung angeht. Auch das Thema Nachhaltigkeit, Klimaschutz – auch in Ihrem Hauptgutachten steht das Problem der städtischen Hitzeeffekte ausdrücklich drin. Von daher will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, dass es gut und richtig ist, dass wir als Koalition beim Thema Stadtgrün, wie wir das Grün in der Stadt verstärken können, ein neues Programm im Rahmen der Städtebauförderung aufgelegt haben. Ich glaube, das ist ein Punkt, wo wir der ganzen Thematik städtische Hitzeeffekte entgegen treten können. Wir brauchen mehr Grün in der Stadt; wir brauchen mehr Grün auf Dächern, an Fassaden. Ich glaube, das ist ein guter Punkt, um nachhaltigen Klimaschutz in den Städten zu gewährleisten.

Jetzt eine konkrete Frage, Frau Prof. Dr. Schlacke: Ich fand das alles sehr spannend, was Sie vorgetragen haben. Insbesondere finde ich sehr spannend, Sie sprachen von der dritten Dimension, nämlich der Eigenart; die Eigenart von Städten. Nun diskutieren wir ja immer wieder, wenn wir über die Megatrend-Städte sprechen, dass alle Lebensverhältnisse sich angleichen, dass es die gleichen Probleme, die gleichen Herausforderungen gibt und eigentlich alles immer stärker angeglichen wird. Sie

wählen ja jetzt genau einen anderen Punkt. Sie sagen, die Städte müssen ihre Eigenarten herausarbeiten und an den Eigenarten, an den Herausforderungen arbeiten. Ich finde das sehr spannend...

**Vorsitzende:** Herr Wegner, Sie müssen den Leuten auch noch die Möglichkeit zur Antwort geben. Sie haben nur noch anderthalb Minuten für die Antwort...

Abg. **Kai Wegner** (CDU/CSU): Ich finde das sehr spannend, Frau Vorsitzende, Sie bestimmt auch. Mich würde einfach mal interessieren: Wie meinen Sie das genau mit der Eigenart? Wie messen Sie das? Auf welcher Grundlage? Haben Sie auch schon positive Beispiele aus Städten, wo eine Eigenart ganz konkret vorgenommen wird. Das würde mich sehr, sehr interessieren.

**Vorsitzende:** Ich muss hier leider ein sehr hartes Regime führen. Sie haben jetzt noch anderthalb Minuten Zeit zu antworten und dann muss ich den Nächsten drannehmen.

Abg. **Kai Wegner** (CDU/CSU): Es tut mir leid. Ich wusste nicht, dass fünf Minuten inklusive Antwort gerechnet werden.

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Vielen Dank für die Frage! Die Eigenart war sicherlich das Kriterium, wo wir am längsten drüber diskutiert und nachgedacht haben. Es war auch das umstrittenste Kriterium, weil wir immer gesagt haben: Können wir das „Eigenart“ nennen? Wir haben gesagt: Städte sind sehr eigenartig – trotz der Dimension, die Sie ja beschrieben haben, dass man doch den Eindruck hat, man kommt jetzt in die Weltstädte und immer sieht man dieselben Ketten und die Einkaufszonen und die Bauweise. Alles gleicht sich an. Aber wenn man genau reinschaut, wenn man reinzoomt in die Städte, dann haben wir festgestellt: Nein, es gleicht sich nicht alles an. Sondern die Quartiere, die sind doch sehr unterschiedlich und die Menschen, die dort leben, entwickeln eine Identität, wenn sie den Freiraum bekommen. Wenn man sich als Gegenbeispiel mal die auf dem Reißbrett entworfenen, neuen, chinesischen Städte anschaut – sehr ökologisch, die bekommen da einen „Haken“ von uns – aber bei der Eigenart bekommen sie eher ein Minus. Das ist nicht mit den



Menschen entwickelt. Die Menschen wurden dort reingesetzt oder werden dort reingesetzt. Die entwickeln auch keine Ortsidentität, wenn man das nachfragt. Da gibt es genügend Beispiele. Das ist das, wo wir sagen: Stopp! Da gibt es bei einem ganz wesentlichen Kriterium ein Minus und das sollte ein Plus werden. Da würden wir sagen, ein wesentliches Element der Eigenart bei allen Transformationen, die wir jetzt brauchen, ist, die Menschen mitzunehmen, die dort leben. Die wollen ja nicht alle wegwandern, da kommen zwar welche hinzu, es gibt immer eine Fluktuation – die gab es schon immer. Aber es gibt auch welche, die dort leben und die auch ihren zeitlich beschränkten Horizont des Wohnens dort, der sich vielleicht in zehn Jahren ändert, den wollen sie aber gestalten. Das ist – glaube ich – das wesentliche Element; dafür muss es Freiraum geben.

Abg. **Michael Groß** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Wir schaffen nur eine Runde, nehme ich an?

**Vorsitzende:** Wenn wir schnell sind, schaffen wir zwei.

Abg. **Michael Groß** (SPD): Okay, dann beeile ich mich. Erst einmal herzlichen Dank für den Bericht, auch für Ihre Analyse, auch für den umfassenden systemischen Ansatz. Sie haben viele Bereiche angesprochen und insbesondere natürlich für uns wichtige Bereiche vor dem Hintergrund der Frage der Verteilungsgerechtigkeit bis hin zur Aktivierung der Menschen, Liegenschaftspolitik, Gemeinwohlorientierung. Das sind Begriffe, die wir zurzeit natürlich auch in Deutschland diskutieren.

Aber meine erste Frage richtet sich eigentlich noch einmal an Ihre Verantwortungsarchitektur. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben wir Probleme, dieses Thema weltweit zu besetzen. Und wir haben lange Zeiträume, in denen das diskutiert wird. Wir haben einmal die Möglichkeit, Vorbild zu sein und in Dialogen dafür zu werben, andere ähnlich vorgehen zu lassen. Ich glaube – Herr Wegner hat es ja auch gesagt –, wir haben relativ gute Instrumente; wir haben die Städtebauförderung – ich will jetzt nicht ressortübergreifende Strategien... – Leitprogramm Soziale Stadt, all das aufzählen. Aber die andere Frage ist ja: Muss man

sich nicht vereinbaren zu bestimmten Zielsetzungen, Parametern? Da wäre meine Frage: Wie schätzen Sie das ein, ob das überhaupt umsetzbar ist?

Zwischenbemerkung: Ich freue mich natürlich, dass Sie das Ruhrgebiet als Transformationsbeispiel aufgeführt haben. Insbesondere freue ich mich deswegen, weil ich auch inzwischen 60 bin und im Ruhrgebiet aufgewachsen bin und uns Willy Brandt eben versprochen hat: Es wird einen blauen Himmel über der Ruhr geben... Wir haben ja zurzeit auch den Emscher-Umbau und erleben eigentlich, was alles möglich ist in Richtung Quartiersentwicklung und Stadtentwicklung. Sie kommen dann aber auch noch einmal auf das Thema zum Beispiel Transformation hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Werte und kommen dann zu dem Beispiel InnovationCity, Quartiersentwicklung. Meine Frage ist – und die ist vielleicht profan, aber doch nicht ganz so unsinnig: Was kann eigentlich Deutschland und die Welt von InnovationCity lernen, um den Transformationsprozess zu erreichen?

Dritter Punkt: Das Thema Raumordnung wäre für mich noch einmal interessant. Welche Erwartungen haben Sie? Das haben Sie in dem Bericht adressiert.

Und das vierte Thema – und dann höre ich auf – ist das Thema nachhaltiges Bauen, ein wichtiges Thema. Wir bauen zurzeit in Deutschland 300 000 Wohnungen, es sollen noch mehr werden. Die Frage ist: Was – meinen Sie – müssen wir in Deutschland tun, aber auch weltweit, um den ökologischen Fußabdruck zu minimieren?

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Ich versuche mich sehr kurz zu fassen.

Zur ersten Frage: „weltweit das Thema besetzen“: Uns stehen in diesem Jahr noch zwei Möglichkeiten zur Verfügung und zwar ganz konkret: Das UN-Habitat Governing Council der Vereinten Nationen trifft sich im Mai 2017. Da sollten wir seitens der Bundesrepublik Deutschland irgendwie Einfluss nehmen und Themen besetzen; das was Sie sagen: inhaltliche Ziele formulieren, Institutionen kreieren, Verfahrensabläufe überhaupt erst einmal kreieren – all das fehlt. Ein zweites hochrangiges Treffen gibt es im September 2017. Auch das ist eine Chance; müsste mit auf die Tagesordnung, wer auch immer hier zuständig sein mag.



Zweite Frage „InnovationCity“: Ja natürlich, Deutschland kann von diesem Modell lernen. Ich meine, wir sind tatsächlich auf einem guten Weg, so wie Sie das beschrieben haben, gerade im Ruhrgebiet als Metropolregion. Das, was aus meiner Sicht immer noch fehlte, ist, dort nicht nur die Nachhaltigkeit, sondern auch die Governance zu stärken. Wir haben dort jetzt einen Regionalverband Ruhr, wir haben ein Ruhrparlament.

Da komme ich auch zur dritten Frage: Raumordnung. Der Regionalverband Ruhr ist regionaler Planungsträger. Das sind Vorbilder, das sind Modelle, die müssen wir in andere globale Metropolen übertragen. Das ist sozusagen etwas, was sehr positiv ist.

„Nachhaltiges Bauen“: Zement ist der falsche Stoff, der Richtige wäre Holz. Ich weiß nicht, ob man alles mit Holz bauen kann. Ich meine, das muss man noch einmal die Expertinnen und Experten fragen. Aber wenn wir mit Zement weiterbauen, schaffen wir unsere Klimaschutzziele nicht, das ist klar.

Abg. **Michael Groß** (SPD): Ich habe noch 42 Sekunden, darf ich eine Rückfrage stellen...? Mir geht es darum: Müssen wir eigentlich aus Ihrer Sicht sofort ordnungsrechtlich eingreifen, um einen nachhaltigen Baustoff zu generieren?

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): „Ordnungsrechtlich“... sehr spannend, kollidiert vielleicht ein bisschen mit Grundrechten. Ja, verfassungsrechtlich sollte man das abklären; aber warum nicht das auch in die Bauleitplanung übernehmen? Also da sollte man mal ansetzen. Da haben wir im Bereich Erneuerbare Energien auch einen langen Diskussionsprozess gehabt. Aber da stehen die Dinge jetzt auch drin; natürlich immer vorbehalten, ob die Städte dann auch diese Festsetzungen so übernehmen; aber... ja!

Abg. **Caren Lay** (DIE LINKE.): Vielen Dank auch von meiner Seite und von der Fraktion DIE LINKE. für den Bericht. Ich würde mit Blick auf die Uhr gleich in meine Frage einsteigen: Sie haben ja die These aufgestellt, dass menschenfreundliche Städte vor allen Dingen dann entstehen, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner auch an der Entwicklung mitgestalten können und dass große Hindernisse vor allen Dingen dann bestehen, wenn entweder staatlich vorangetriebene Großprojekte

im privatwirtschaftlichen Interesse agieren oder auch beim Einfluss von großen Immobilieninvestoren. Sie schlagen demgegenüber eine Gemeinwohlorientierung vor oder dass eben auch bei Privatinvestitionen Gemeinwohlorientierung sichergestellt werden muss und dass Immobilienspekulation begrenzt werden muss. Das spricht mir natürlich sehr aus dem Herzen, nicht nur mit Blick in andere Länder, sondern auch mit Blick in unsere Städte wäre das ja nun wirklich geboten. Deswegen hier meine Frage: Gibt es dort konkretere Vorschläge von Ihrer Seite oder internationale Beispiele, auf die Sie verweisen können?

Das zweite große Thema, was mich interessiert, was gestreift wird, Stichwort „soziale Kohäsion“. Wir haben in einigen Städten... die Ausdifferenzierung, Segregation der Städte findet ja statt. Sie haben ja die Verslumung von einigen Metropolen beschrieben. Was wir natürlich auch im Grunde überall erleben und beobachten können ist: Segregation und die Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen aus den Innenstädten, wo eben solidarische Nachbarschaftsbeziehungen verloren gehen und diese Eigenarten auch gefährdet sind, die Sie beschreiben. Insofern auch hier die Frage: Gibt es da Vorschläge oder inwieweit ist diese Entwicklung Teil von Handlungsfeldern, die Sie als eine nachhaltige Transformation beschreiben?

**Vorsitzende:** Die Fragen sollen auch noch beantwortet werden? Die Antwort läuft in der selben Zeit...

Abg. **Caren Lay** (DIE LINKE.): Ja, genau. Es waren fünf Minuten, wir sind jetzt bei drei. Sie haben es vorhin erläutert, ich weiß nicht, warum Sie es noch einmal wiederholen...

Meine letzte Frage bezieht sich auf die Frage: Wenn wir bei Gemeinwohlorientierung sind, was würde das eigentlich bedeuten, auch in Bezug auf Eigentumsverhältnisse?

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Es sind drei Fragen.

Ich fange mal an mit Immobilienspekulationen. Das geht für mich auch in die Richtung: Wie sieht Städtebauplanung, Städtebaurecht aus? Ich meine, Immobilienspekulation – wenn wir uns das weltweit anschauen – hängt immer auch sehr eng mit



Korruption zusammen als ein ganz großes Problemfeld. Dagegen können wir jetzt erst einmal nicht so viel machen. Meines Erachtens müssten die Städte befähigt werden, ein soziales und innovatives Flächennutzungsmanagement zu entwerfen. Wir in Deutschland haben dazu die sehr, sehr ausdifferenzierten Instrumente des Bauplanungsrechts. Aber weltweit gibt es das überhaupt nicht. Ich meine, wir sind schon fast einen Schritt zu weit. Letzte BauGB-Novelle ist letzte Woche gerade wieder durch den Bundestag gegangen. Wir sind sozusagen hypertroph mit unserer Ausdifferenzierung. Weltweit ist das... da ist eine ganz große Lücke dazwischen. Ich meine, Planung und Flächennutzungsmanagement, Städtebaurecht sind gute Instrumente, um gegen Immobilienspekulationen vorzugehen. Vor allen Dingen müssen Städte durch den Staat befähigt werden, dem auch etwas entgegenzuhalten und sich nicht nur ausgeliefert fühlen. Das fehlt aber im globalen Vergleich weitgehend.

**Dr. Inge Paulini** (WBGU): Ich hoffe, ich habe Ihre Frage richtig verstanden – es geht um unseren Einfluss auf die internationale Lage bzw. die Schwierigkeiten. Ich denke, die Antwort ist mehrfach. Die eine Antwort ist: Unser Beitrag sollte der Kompass sein; also dass Deutschland diese Zielvorstellungen, diese Leitplanken, die wir setzen sollten, in die Debatte bringt. Wir sollten uns auf jeden Fall für die Verstärkung, für mehr „Zähne“ in der New Urban Agenda einsetzen; für eine schnellere, internationale Taktung, damit man diese internationalen Debatten hat, damit wir da unterstützen.

Was vorher schon angesprochen wurde, ist die Vorreiterrolle von Deutschland. Das ist: Wie machen wir das eigentlich mit unseren großen, großen Mitteln – finanziellen und gesellschaftlichen Mitteln? Wie können wir erst einmal für uns selbst erforschen in Reallaboren – wie auch immer – bei den vielen Instrumenten, die wir bereits haben, wie man das bei uns zum einen gesellschaftlich machen kann? Zum anderen – zu der Frage von vorhin ergänzt sich das jetzt: Wie gehen wir mit der Forschung weiter vor im Hinblick auf Baustoffe? Wie gehen wir von den jetzigen zu alten zurück – Steine, Ton, Lehm usw.? Und gleichzeitig: Wie können wir den Sprung in die neue Gesellschaft machen? Es wird sicherlich eine Kombination aus alten, weniger CO<sub>2</sub>-intensiven Baustoffen brauchen plus ganz neuen Formen von Baustoffen, aber auch von Wohnen, Quartiersentwicklung.

Also, es ist vielschichtig und es gibt jetzt nicht eine schnelle Antwort.

Abg. **Christian Kühn** (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass dieses Gutachten ein ganz wichtiges Gutachten ist und ein ganz wichtiger Schatz ist von seiner grundlegenden Bedeutung für das, was wir hier in diesem Ausschuss verhandeln, egal ob es Klima, Umweltpolitik oder Bau- und Wohnungspolitik ist und – nicht zu unterschätzen – es wirft den globalen Blick auf viele Themen, die wir national in den letzten drei Jahren verhandelt haben und zeigt auch, dass wir auch hier im Ausschuss in dieser Frage eine stärkere globale Perspektive brauchen.

Meine Fragen gehen einmal ganz pointiert darauf: Was muss im G20 dieses Jahr passieren, eingeleitet werden, um das Thema Urbanisierung stärker zu setzen? Was sind Ihre Forderungen an den Gipfel im Mai 2017?

Dann: Braucht es nicht eigentlich so etwas wie einen, ich sage einmal – wir haben einen Weltklimarat – Welturbanisierungsrat? Der sozusagen regelmäßig mit einer großen Expertise all die Themen, die Sie angesprochen haben, die ja sehr vielschichtig sind, ähnlich wie beim Klima, wissenschaftlich aufbereitet?

Wäre es nicht für Deutschland gut, ich sage mal ein Institut für Urbanisierung in Potsdam zusätzlich zu haben, um diese zweite große Transformationsfrage unseres Globus auf den Weg zu bringen? Braucht es nicht sozusagen auch eine Forschungseinrichtung in Deutschland, die das noch einmal bündelt?

Dann der Quartiersgedanke, den haben Sie mehrfach skizziert: Wie sieht denn das Quartier der Zukunft aus Ihrer Sicht aus? Können Sie das mit ein paar Stichworten beschreiben?

Dann auch die Frage: Wir haben das Phänomen Landgrabbing in der Landwirtschaft sehr stark debattiert. Muss man nicht eigentlich auch im gleichen Zug über Citygrabbing sprechen, wenn wir über die Frage Transformation der Städte heute sprechen?

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Was sollte auf der Agenda des G20-Gipfels stehen? Das muss überhaupt erst einmal ein Thema werden. Dann



sollte da stehen, dass die G20-Länder dieses Thema forschungsmäßig und auch institutionell ausstatten, so wie Sie es auch skizziert haben. Es müssen meines Erachtens Überlegungen gestartet werden, ob man das Ganze hin zu einer völkerrechtlichen Vereinbarung führt; dass man im Grunde die Idee, die wir jetzt „Charta“ genannt haben, also globale Charta zur Nachhaltigkeit im Rahmen der Urbanisierung, dass wir so etwas entwickeln und dann auch sagen: Wir brauchen irgendetwas, was vertragsähnlichen Status hat. Da müssen dann möglichst alle Staaten wie auch im Klimaschutzbereich unterschreiben. Wir setzen uns Ziele; das kann neben Klimaschutz und neben SDGs erfolgen, und das sollte es auch.

Welturbanisierungswissenschaftlicher Beirat, also IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), IPBES (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services), sozusagen noch einmal für die Urbanisierung: Ja, haben wir ganz klar gefordert. Wissenschaftlich haben wir hier sehr viel zu tun. Vor allen Dingen noch einmal betont: systemisch-integrativ ansetzen, daran fehlt es bislang. Wir brauchen in regelmäßigen Abständen Sachstandsberichte, die die Politik dann auch pushen.

Ob wir das auch noch einmal als Institut für Urbanisierung in Deutschland benötigen? Ich würde sagen: Ja! Wir haben allerdings wissenschaftliche Akademien, die sich natürlich mit diesem Thema seit Jahrzehnten beschäftigen. Das ist die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, das ist auch die Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Das sind Akademien, die forschen aber in der Regel nicht selbst, sondern stellen sozusagen Plattformen her, vernetzen die Akteure in diesem Forschungsfeld – warum nicht noch ein einzelnes Institut? Gerne!

Vielleicht zum letzten Punkt „Landgrabbing“, „Citygrabbing“: Das betrifft auch noch einmal das Thema, das Abg. Lay angesprochen hat, aus meiner Sicht jedenfalls Eigentumsrechte: Wie gehen wir damit um? Wem gehört die Stadt? Wem gehört der Boden? Ganz klare Aussage zu dem Thema: Das Eigentumsgrundrecht nicht abschaffen! Ich finde, es hat sich bewährt. Wir müssen aber gucken: Wie gehen wir mit Eigentum allgemeinwohlverantwortlich um? Wir haben in unserem Artikel 14 Grund-

gesetz die Verpflichtung zum Gemeinwohl. Eigentum verpflichtet; so müssen wir das Ganze gestalten. Das heißt, wir müssen Eigentümerinnen und Eigentümer – seien sie privater oder hoheitlicher Herkunft – ermutigen, Anreize zu schaffen mit ihrem Eigentum allgemeinwohlverträglich in Richtung Nachhaltigkeit umzugehen. Global betrachtet haben wir natürlich „Landgrabbing“ in ganz unterschiedlichen Variationen vorliegen. Das bedeutet auch, dass Städte den Personen, die bislang kein Eigentum an dem Boden hatten, dieses den Menschen aber zur Verfügung stellen und das Ganze, was vorher illegal war, legalisieren. Solche Entwicklungen gibt es. Aus unserer Sicht sind die tatsächlich im Sinne der Eigenart auch zu befördern und sollten unterstützt werden.

**Vorsitzende:** Damit wir noch eine zweite Runde hinbekommen, schlage ich vor, wir gehen jetzt auf drei Minuten runter. Das heißt, Sie stellen eine sehr kurze Frage, dann bleiben noch zwei Minuten für die Antwort; also diese drei Minuten sind für Frage und Antwort.

Abg. **Christian Haase** (CDU/CSU): Frau Prof. Dr. Schlacke, ich freue mich erst einmal grundsätzlich, dass Sie noch einmal die kommunale Selbstverwaltung so stark herausgestellt haben. Weil wir ja schon hier im EU-Vergleich in dem ein oder anderen Land, die wesentlich zentralistischer ausgeprägt, sind ein Problem haben. Insofern hoffe ich, dass sich das auch in andere Länder weiterträgt.

Meine Frage geht in eine andere Richtung. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme: „Zudem kann eine Belebung kleiner und mittlerer Städte Disparitäten zwischen Land und Stadt verringern.“ Im internationalen Vergleich – Sie haben das eben dargestellt – mag ich das bestätigen. Auf Deutschland bezogen glaube ich das nicht. Wir haben starke ländliche Räume bei uns und ich glaube auch, die Strategie, die die Bundesregierung im Augenblick fährt – diese ländlichen Räume zu stärken – ist die richtige Strategie. Einfach die Frage: Sind wir als Bundesregierung da auf dem richtigen Weg? Wie können wir das auf andere Länder übertragen?

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Wir sind auf dem richtigen Weg. Das entspricht ganz unserer Empfehlung. Wir nennen das ebenfalls Polyzentrismus, indem wir sagen: Wir können nicht nur auf



große Städte und die Zentralisierung setzen, sondern wir müssen gerade auf Dezentralisierung setzen. Das bedeutet nicht, dass wir jetzt dem Flächenverbrauch Vorschub leisten wollen. Aber wir sprechen eher über Vernetzung von Produktströmen, von Warenströmen, von wirtschaftlichen Netzen, die natürlich immer auch ökologische Nebeneffekte haben. Da müssen wir sozusagen die Region mit kleinen, kleinsten und mittleren Agglomerationen stark machen. Wie das im Einzelnen aussieht, das kann ich Ihnen auch nicht sagen.

Das vielleicht auch noch einmal in die gesamte Runde: Es gibt keine Blaupausen! Weder für diese polyzentristischen Ansätze, noch für diese besonders gute, tolle nachhaltige Stadt. Wir haben die weltweit nicht gefunden. Wir haben gesucht! Selbst Kopenhagen ist es nicht. Von daher: Blaupausen haben wir nicht. Das muss tatsächlich regional und lokal entschieden und entwickelt werden. Aber ich glaube, da gehört Top-down immer nochmal eine Förderung dazu.

**Dr. Inge Paulini** (WBGU): Noch eine kurze Ergänzung dazu: Da ist – glaube ich – auch wieder die Eigenart sehr wichtig. Dass man schaut: Wie macht man diese Entwicklung vor Ort? Wir haben jetzt nicht im Einzelnen geguckt: Gibt es eine optimale oder eine maximale Größe für eine Stadt? Aber wir sind sehr klar zu dem Schluss gekommen, dass die Megacities und die immer weitere Konzentrierung eben der falsche Weg sind und dass wirklich die „Förderung in der Breite“ der Weg ist, um alle mitzunehmen, um alle jetzt nicht irgendwie noch über die sowieso stattfindenden Migrationsbewegungen herauszutransferieren und wirklich das, was wir haben, weiter zu fördern.

Abg. **Ulli Nissen** (SPD): Erst einmal herzlichen Dank auch für Ihre klare Ansage, dass Sie gesagt haben, die Habitat-Konferenz kann nicht nur alle 20 Jahre stattfinden. Ich bin selber auf der Habitat-Konferenz gewesen und in Vorbereitung der Delegationsreise auch in Mexiko City. Wir haben uns dort die Situation vor Ort angeguckt. Wir haben Mexiko City mit der Regenzeit; sie haben da Probleme mit dem vielen Wasser; das Wasser wird aber nicht genutzt. Oder anderes Thema – Müll: Wir sind unterwegs gewesen... überall sieht man Wasserplastikflaschen. Es gibt dort kein Flaschenpfand wie bei uns. Es kommt alles in den Müll.

Wie können wir Städte unterstützen, um zum Beispiel dieses Wasser zu nutzen? Das kann Mexiko City nicht alleine wuppen. Wir müssen – denke ich – in ganz, ganz vielen Städten auch unterstützen. Wir haben dort vom Plastikflaschenpfand erzählt, die waren völlig irritiert: So etwas gibt es bei euch? Wie können wir Dinge, die bei uns gut gelaufen sind, auf andere Städte übertragen?

**Dr. Inge Paulini** (WBGU): Eine ganz wichtige oder vielleicht die zentrale Antwort darauf sind diese Städtetzwerke, die Sabine Schlacke angesprochen hatte. Also wie können wir in diesem zu intensivierenden Diskussionsprozess auf allen verschiedenen Ebenen die bereits gemachten Erfahrungen und Lösungen, die wir schon haben, transportieren? Also das eine ist die Forschung in die Zukunft, aber die dauert ja relativ lange. Die Frage ist: Wie nutzen wir das, was wir schon haben? Das, was Sie angesprochen haben, ist ja ein ganz richtiger Weg. Ich denke, sowohl Wirtschaft als auch NGOs als auch Kommunale als auch Staatenebenen sollten, wenn Sie selber die Möglichkeit nicht haben, natürlich ermächtigt oder auch finanziert werden, unterstützt werden.

Abg. **Caren Lay** (DIE LINKE.): Auch ich will noch einmal darauf zurückkommen, dass Sie ja gesagt haben, dass lokale Initiativen, NGOs überhaupt die städtische Zivilgesellschaft eigentlich eine ganz zentrale Rolle in der Ausgestaltung der Städte spielen müssen und dass sie auch ganz zentral sind für die Lebensqualität in den Städten. Deswegen zielt auch meine Frage in die Richtung: Was können wir eigentlich tun, auch als Politik, um diese städtische Zivilgesellschaft zu stärken? Wie kommen wir überhaupt dahin, dass sie dann auch irgendwie auf Augenhöhe verhandeln oder agieren können mit der Politik, aber auch mit der Verwaltung, aber vor allen Dingen auch den sehr mächtigen wirtschaftlichen Interessen?

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Meines Erachtens müsste man Städte sozusagen noch kleiner organisieren und strukturieren; man müsste sie in Quartiere aufteilen. Wir haben da teilweise in Stadtstaaten, zum Beispiel Bremen, zum Beispiel Beiräte, die dann diese sehr lokalen Angelegenheiten wahrnehmen und gegenüber der Stadtgemeinde auch präsentieren und einbringen. Wir müssten die stärken und das kann natürlich auch



der Ortsgesetzgeber oder der Landesgesetzgeber durch spezielle Regelungen machen, indem er diesen kleinen, lokalen Einheiten Mitspracherechte, finanzielle Ausstattung gibt. Also im Grunde die Quartiere, die in ihrer Eigenart sehr unterschiedlich sind, mit Rechten, Informationen, Beteiligung und vielleicht sogar auch Abwehrrechten gegenüber der Gemeinde auszustatten. Das wäre eine Idee.

**Vorsitzende:** Das sind ja interessante Vorschläge...

Abg. **Christian Kühn** (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auch noch einmal drei ganz kurze Versuche, prägnante Fragen zu stellen.

Einmal die Frage der Zeitschiene: Sie haben gesagt, die Urbanisierung hat eine Wucht. Wie viel Zeit haben wir eigentlich, um diesen Prozess politisch noch zu gestalten, damit er nicht aus dem Ruder läuft?

Dazu auch noch einmal die Frage: Gibt es so etwas wie Zahlen hinsichtlich 2020/2030, was an Ressourceneinsatz, Energieverbrauchsreduzierung da sein muss? Wie viele Wohnungen müssen global in gewissen Zeiträumen bereitgestellt werden? Wie hoch ist der Finanzierungsbedarf global, um Infrastrukturen für diesen Prozess bereitzustellen für die zweite Urbanisierung nach der Industrialisierung, die wir vor uns haben.

Dann noch einmal eine Frage zum Thema Zement: Wie sehen denn diese Holzhäuser der Zukunft aus, die gebaut werden müssen? Ich meine, Holzbau in Deutschland ist immer noch beschränkt auf vier Stockwerke und darüber geht dann nichts mehr. Das ist aber nicht die Adressierung des Globalen. Was ist da eigentlich gefordert? Was würden Sie sich vom Holzbau in Deutschland wünschen?

**Dr. Inge Paulini** (WBGU): Ich fange mal an mit der Zeitschiene, wie viel Zeit haben wir? Eigentlich keine! Wenn wir die Ergebnisse von Paris sehen und die Budgets angucken, die wir konfrontieren, dann haben wir wirklich null Zeit. Wir brauchen einen radikalen Wandel. Ganz oft ist verständlicherweise die Frage: Wie kann ich das jetzt planen? Wir müssen insofern umdenken, dass wir einen radikalen Wandel brauchen. Der Beginn des Vortrags war ja die Große Transformation zur nachhaltigen

Entwicklung. Das ist hier auch die richtige Antwort. Dann ist die Frage: Wie kann man die Debatte tatsächlich noch breiter führen, als sie jetzt ist? Sie ist bisher in sehr kleinen Teilen der Gesellschaft. Erwartet wird immer eine „Schraube“, etwas ganz Konkretes. Das ganz Wichtige, Zentrale am Anfang ist: Wie kriegen wir diese wirklich radikale Message rüber? Das ist das Erste.

Dann ist natürlich die Frage: Müssen wir bei den vier Stockwerken Holz bleiben? Ist das mit dem Flammenschutz wirklich noch angemessen? Kann man das nicht ändern? Da gibt es bereits sehr interessante Experimente oder Projekte. Da kann man sicherlich vorangehen. Wie schnell, das weiß ich nicht; wie schnell das tatsächlich großflächig übertragbar ist. Da muss ich Ihnen leider die Antwort schuldig bleiben. Das gilt jetzt für das zentrale Kriterium Klimaschutz. Das ist das, was wir am einfachsten letztlich auch berechnen können. Ich selber kenne keine Zahlen für Bauten, die jetzt in der Welt erstellt werden müssen. Wir haben die Milliarden Menschen, die neu versorgt werden müssen. Da haben wir einmal die Differenz zwischen der Weltbevölkerung jetzt und die prognostizierte in 2050, das sind 2/2,5/3 Milliarden Menschen, die quasi neu behaust werden müssen. Wir haben, glaube ich, ungefähr 2 Milliarden, die jetzt noch keinen Zugang haben, die in Slums leben, die kein Wasser haben, die keine sanitäre Versorgung haben. Das heißt, wir haben unterschiedliche Bedarfsbereiche. Aber wir haben das jetzt noch nicht umgerechnet in Zement, das wollen wir ja auch schließlich nicht.

Abg. **Josef Göppel** (CDU/CSU): Dem allen liegt zu Grunde, dass der Trend zur Urbanisierung immer weitergeht. Ist es aber nicht so, dass durch neue technologische Entwicklungen, wie zum Beispiel die dezentralen Erneuerbaren Energien oder das Stichwort „3D-Druck“ oder „Bezahlssysteme über SMS“, wo man keine Banken mehr braucht, eine dezentralisierte Besiedlung auch in den Entwicklungsländern möglich erscheint?

**Prof. Dr. Sabine Schlacke** (WBGU): Die Möglichkeit will ich nicht bestreiten. Aber der Trend ist bislang ungebrochen – trotz aller Entwicklung in Richtung Digitalisierung, Sie haben es ja im Grunde angesprochen. Natürlich haben wir diesen Trend zur Digitalisierung, aber der stoppt den



Trend in die Städte meines Wissens bislang nicht. Ob man sagen kann: Die Ströme können wir damit anders lenken, in die Region hinein und wer diese lenkt... also, ich meine, China macht das sehr zentralistisch, die könnten das vielleicht. Ich glaube, bei uns ist das nicht möglich. Da sehe ich bislang keine wirklichen Hebel.

**Dr. Inge Paulini** (WBGU): Noch eine Ergänzung ist, glaube ich, wichtig: Was treibt die Leute in die Stadt oder vom Land weg? Das ist ja die Frage der Lebensbedingungen und der Lebenschancen. Da ist eine Antwort sicherlich: ganz, ganz viel politische Kraft auch in die Umsetzung der SDGs stecken, weil die genau darauf abzielen. Das ist jetzt keine reine Urbanisierungsfrage, das knüpft jetzt wieder an das, was ich vorher gesagt hatte: Wir müssen systemisch denken. Also die Aufteilung in das Ressortdenken und das Problemdenken – so eingeübt

es uns ist, so radikal ist die Notwendigkeit, darüber hinauszuschauen und wirklich Sachen zu integrieren. Dann wäre man nicht nur bei der Raumordnungs- oder Urbanisierungs-, Städtebaupolitik, sondern auch bei der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und der sonstigen Politik, die verbunden werden müssten.

**Vorsitzende:** Das waren wichtige Erkenntnisse für uns, auch wenn wir etwas unter Zeitdruck gestanden haben. Ich bedanke mich bei Ihnen beiden und freue mich, dass Sie immer so interessante und wichtige Gutachten und Studien erstellen, aus denen wir eine Menge Erkenntnisse gewinnen können. Vielen Dank, dass Sie gekommen sind. Alles Gute!

Schluss der Sitzung: 11:48 Uhr

Bärbel Höhn, MdB  
**Vorsitzende**

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

Ausschussdrucksache  
18(16)542  
zum Fachgespräch am 22.03.2017  
21.03.2017

# WBGU

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung  
Globale Umweltveränderungen

## Stellungnahme

### Umsetzung der New Urban Agenda jetzt kraftvoll angehen

*Berlin, den 27. Februar 2017.* Die 2016 auf der Habitat-III-Konferenz (dritte Konferenz der Vereinten Nationen zu Wohnungsfragen und nachhaltiger Stadtentwicklung) verabschiedete New Urban Agenda (NUA) soll in den nächsten 20 Jahren als Rahmen für globale Stadtentwicklung dienen. Die Konferenz fand ein Jahr nach der Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und des Übereinkommens von Paris zum Klimaschutz statt und bot die erste Chance, diese Nachhaltigkeits- und verbindlichen Klimaschutzziele auf die Ebene der Städte zu übertragen.

Die NUA befasst sich mit der Entwicklung und der nachhaltigen Gestaltung von Städten. In dem Dokument finden sich nahezu alle in den letzten Jahren debattierten Themen nachhaltiger Stadtentwicklung. Dazu zählen die Schaffung inklusiver und menschengerechter Siedlungen, Ressourcen- und Klimaschutz, Stärkung der Resilienz von Städten, die Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Stadtbewohner, einschließlich derer in informellen Siedlungen sowie das in den Verhandlungen umstrittene „Recht auf Stadt“, das den Diskurs um das Anrecht auf einen kollektiv gestalteten und genutzten städtischen Raum bezeichnet. Diese wichtigen Themen und positiven Leitbilder wurden erstmals in einem von der internationalen Staatengemeinschaft verabschiedeten Dokument gebündelt. Zudem wurden Kommunen und Städte als zentrale Akteure nachhaltiger Entwicklung anerkannt, was auch eines der Kernanliegen der Bundesregierung im Prozess darstellte.

Der NUA fehlt jedoch ein Fahrplan für die Umsetzung und ein damit verbundener robuster Überprüfungsmechanismus. Vor allem ist es nicht gelungen, Urbanisierung mittel- und langfristig zu einem zentralen Thema der Weltpolitik zu machen, wie es die Dynamik und Bedeutung dieses weltweiten Veränderungsprozesses verlangt. Dies ist vor dem Hintergrund des geringen politischen Interesses am Habitat-Prozess und der Tatsache, dass viele Schlüsselakteure kaum politisches Kapital investierten, nicht verwunderlich. Zudem fehlen im UN-System, in der globalen Entwicklungsarchitektur insgesamt und bei UN-Habitat als zentralem Akteur für die Koordinierung des Umsetzungs- und Reviewprozesses das Mandat, die notwendigen Governance-Strukturen sowie die finanziellen Ressourcen, um auf die Herausforderungen der Urbanisierung angemessen reagieren zu können. Hier nachzubessern ist jetzt eine dringliche politische Aufgabe.

In der NUA wurden die Verantwortung für den Überprüfungs- und Reformprozess von UN-Habitat, die Ausgestaltung des Folgeprozesses sowie die Umsetzung der Beschlüsse an den UN-Generalsekretär und die UN Generalversammlung (2017 und 2018) delegiert. Sie sind zusammen mit den Sitzungen des UN-Habitat Governing Council (Mai 2017) und einem zweitägigen hochrangigen Treffen im September 2017 das Forum, in denen die relevanten Entscheidungen für die Umsetzung der NUA konkretisiert werden können.



## Ob Nachhaltigkeit gelingt, wird in den Städten entschieden

Ob die Transformation zur Nachhaltigkeit weltweit gelingt, wird in den Städten entschieden. Daher sollte die Transformation der Städte zur Nachhaltigkeit, ebenso wie der Klimaschutz, ganz oben auf die Agenden der Vereinten Nationen, der G7, der G20, der Entwicklungsbanken und der bilateralen Zusammenarbeit gesetzt werden. Geschieht dies nicht, werden die Pfade zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele im wahrsten Sinne des Wortes verbaut.

- Das verbleibende Zeitfenster zur nachhaltigen Gestaltung der mit großer Wucht stattfindenden weltweiten Urbanisierung ist sehr eng. Die Maßnahmen und Investitionen, die in den kommenden drei Jahrzehnten getätigt werden, schaffen große Pfadabhängigkeiten für die Zukunft. Mit ihnen können Weichen richtig gestellt oder kaum korrigierbare Fehlentwicklungen für die ganze Welt zementiert werden. Der weltweite Städtebau muss sich am Pariser Klimaschutzübereinkommen sowie an der Agenda 2030 mit seinen 17 SDGs orientieren, denn ansonsten sind diese Zielsetzungen nicht umsetzbar. Der WBGU möchte vor diesem Hintergrund folgende, vielfach bereits in der NUA verankerte, Aspekte als besonders relevant hervorheben: Stadtentwicklung kann nur gelingen, wenn die planetarischen Leitplanken beachtet werden. Bis Mitte des Jahrhunderts, aber spätestens bis 2070, sollten alle fossilen CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen in Städten durch emissionsfreie Alternativen ersetzt und eine vollständige Dekarbonisierung der Verkehrssysteme erreicht werden. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung müssen umwelt- und klimaverträgliche Baustoffe eingesetzt werden, denn Stahl, Zement und Beton gehören zu den Treibern der globalen Erwärmung. Zudem sollte in diesem Jahrhundert eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft etabliert werden.
- Der urbane Raum sollte von den dort lebenden Menschen gestaltbar sein. Am Menschen orientierte Städte können nur entstehen, wenn die soziale, ökonomische und politische Teilhabe der Stadtbevölkerung gewährleistet wird. Voraussetzung dafür ist eine dem Konzept der kollaborativen Governance verpflichtete Stadtentwicklungspolitik und der Zugang zu Basisdienstleistungen, z.B. durch die Schaffung inklusiver Mobilitätssysteme und bezahlbarem Wohnraum. Umsetzungspartnerschaften können hier einen wichtigen Beitrag leisten.
- Urbane Lebensqualität hängt von der „Eigenart“, also dem spezifischen Charakter der Städte, ab: Historisch gewachsene Urbanität und Gestaltungsräume schaffen Identität, öffentliche Plätze und Räume ermöglichen Austausch und Gemeinschaft, Architektur kann Schönheit, Offenheit, Menschenfreundlichkeit und Kreativität anstelle von Exklusion ausdrücken und fördern. Eigenart kann nur entstehen, wenn die Bevölkerung sich an der Gestaltung ihrer Städte beteiligen kann.
- Polyzentrische Strukturen verbessern die Lebensqualität in Städten, sie schaffen soziale Durchlässigkeit, kulturelle Diversität und verhindern die Verdrängung von Bevölkerungsgruppen in urbane und regionale Peripherien. Zudem kann eine Belebung kleinerer und mittlerer Städte Disparitäten zwischen Land und Stadt verringern. Digitalisierung, erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft schaffen Voraussetzungen für polyzentrische Städtelandschaften; Innovationen in Infrastruktur und Technologie können polyzentrische, urbane Leitbilder unterstützen.
- Für diese Aufgaben ist eine polyzentrische Verantwortungsarchitektur notwendig: Städte sollten in staatliche Strukturen dergestalt eingebunden werden, dass sie dem Subsidiaritätsprinzip folgend ihre lokalen Angelegenheiten selbst regeln dürfen und hierfür mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden (Dezentralisierung) bzw. Zugang zu Finanzierungsquellen erhalten, um dem enormen Investitionsbedarf zu begegnen. Weiter muss der Austausch in und über die verschiedenen Governance-Ebenen (lokal-regional-national-international) hinweg durch vertikale und horizontale Abstimmungs- und Kooperationsmechanismen verbessert werden.

## Der New Urban Agenda fehlen klare Ziele und ein Fahrplan zur Umsetzung

Es gelang im Habitat-III-Prozess nicht, das politische Momentum zu erzeugen, das der Wucht, Geschwindigkeit, Vielschichtigkeit und globalen Bedeutung der Urbanisierung und damit der herausragenden Rolle von Städten für die globale Nachhaltigkeit gerecht wird. Es mangelt an der notwendigen Stringenz und Radikalität für einen ernsthaften, politisch gewollten Paradigmenwechsel in Richtung Nachhaltigkeit. Ins-

besondere fehlen in der NUA konkrete Vereinbarungen und klare Zeithorizonte für eine erfolgreiche, schrittweise Umsetzung der Ziele. Das Pariser Klimaschutzübereinkommen von 2015 wird zwar aufgegriffen und das dort verabschiedete Ziel, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, bekräftigt; aber dass sich dies massiv auf Städte und ihre zukünftige Entwicklung auswirkt, wird weder angesprochen noch werden Ansätze zur Umsetzung des Klimaziels entwickelt. In ihrer Vagheit fällt die NUA so bei Umwelt- und Klimaschutz hinter viele internationale Abkommen zurück. Der 20-jährige Verhandlungszyklus der Habitat-Konferenzen wurde in Quito bestätigt – ein Rhythmus der viel zu lang ist, um den dringenden Handlungsbedarf der nächsten Jahre glaubhaft aufzugreifen und geeignete, aufeinander abgestimmte Handlungsleitlinien und Implementierungsschritte zu entwickeln.

## **New Urban Agenda besser mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit verknüpfen**

In Quito wurde vereinbart, dass binnen zwei Jahren, also bis zum Herbst 2018, die Ausgestaltung des NUA-Überprüfungsprozesses festgelegt und Beschlüsse zur Reform des UN-Habitat-Programms gefasst werden sollen. Die Verknüpfung der Umsetzung der NUA mit dem Agenda-2030-Prozess (u.a. das SDG Nr. 11: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“), mit dem Pariser Klimaschutzübereinkommen und dem Sendai Framework for Disaster Risk Reduction wurde allerdings bisher nur fragmentarisch angelegt. Immerhin ist der vierjährige Rhythmus der NUA-Berichterstattung auf das High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) abgestellt. Der Bericht soll über den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) in den HLPF-Prozess eingespeist werden. UN-Habitat ist außerdem federführend für die Berichterstattung zum SDG Nr. 11. Es sollte ein Kernanliegen in den Verhandlungen sein, den Reviewprozess der NUA noch enger an diejenigen der Agenda 2030 und des Pariser Klimaschutzübereinkommens anzukoppeln.

Das HLPF wird in den kommenden 15 Jahren politisch im Rampenlicht stehen. Dies sollte auch für die NUA fruchtbar gemacht werden, zumal urbane Akteure an der Umsetzung nahezu aller SDGs beteiligt sind. Viele Indikatoren existieren bereits und müssen für die NUA nicht neu entwickelt, aber auf die Städteebene heruntergebrochen bzw. angepasst werden. Dabei sollte es vor allem um eine Überprüfung der Entwicklungstrends in den zentralen transformativen Handlungsfeldern gehen, also jenen Bereichen urbaner Entwicklung, die zentral für eine Transformation zur Nachhaltigkeit sind.

Das Pariser Klimaschutzübereinkommen und die Agenda 2030 sind mit umfangreichen Berichtspflichten verbunden. Auch für die NUA sollten robust verankerte Pflichten vereinbart werden. Dabei sollte man sich möglichst an Indikatoren aus den anderen Prozessen orientieren, um die Staaten und Städte nicht mit Berichtspflichten zu überfordern.

### **Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen**

Geschäftsstelle  
Luisenstraße 46  
10117 Berlin  
Telefon: (030) 26 39 48 0  
E-Mail: [wbgü@wbgu.de](mailto:wbgü@wbgu.de)  
Internet: [www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)

## Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte

**Prof. Dr. Sabine Schlacke (WBGU Co-Vorsitzende)**  
**Institut für Umwelt- und Planungsrecht (IUP)**  
**Westfälische Wilhelms-Universität Münster**

Öffentliches Fachgespräch, Deutscher Bundestag,  
113. Sitzung des Ausschusses für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

22. März 2017

25. April 2016:

## Übergabe des WBGU Gutachtens an die Bundesregierung



## Grundlage und Ziele

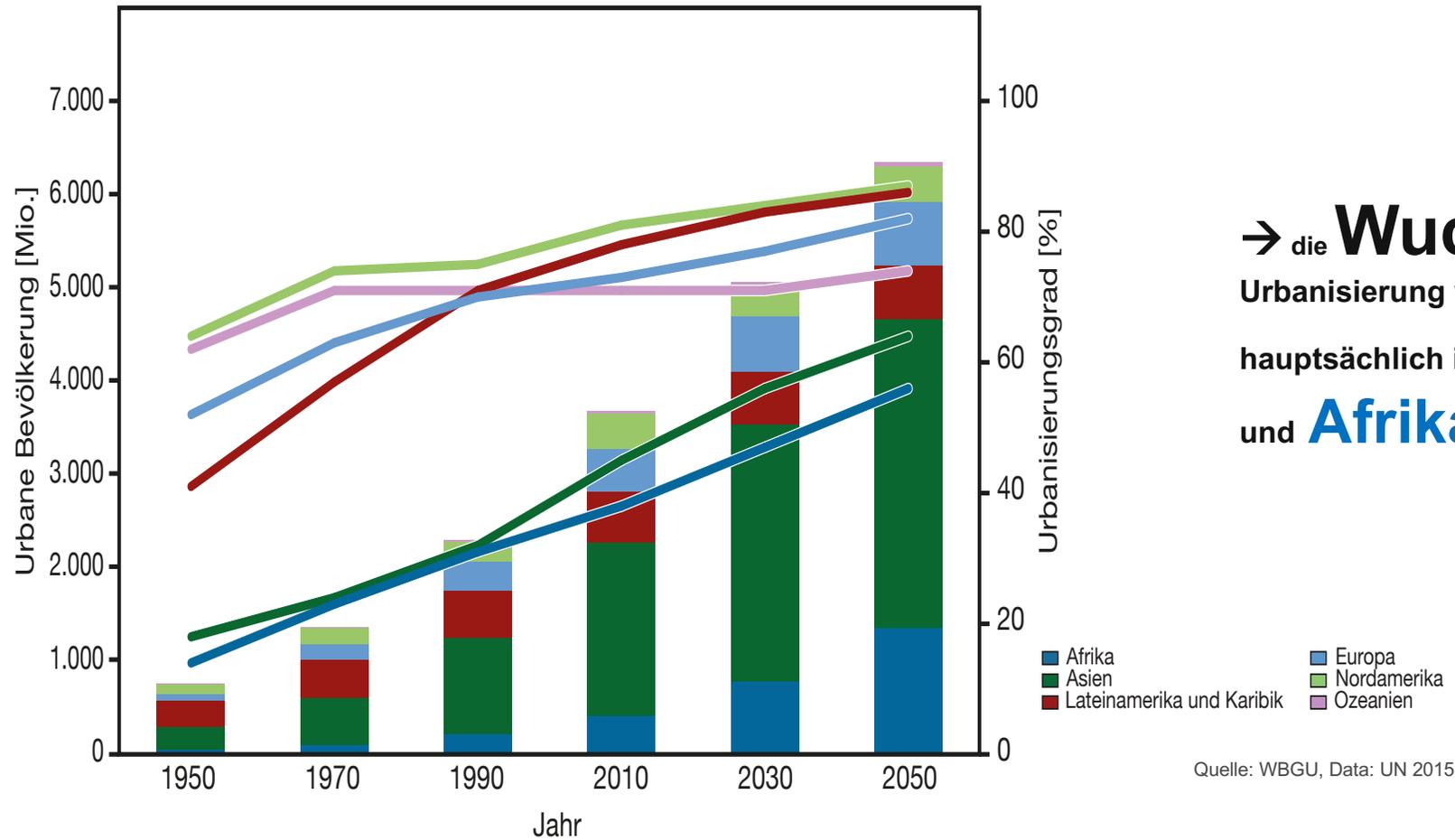


- Zentrale **Transformationsfelder** sind Basisstrukturen der Weltwirtschaft: Energie, Landnutzung, **Urbanisierung**

## Wir leben im Jahrhundert der Städte



## Das Jahrhundert der Städte



→ die **Wucht** der Urbanisierung wird hauptsächlich in **Asien** und **Afrika** stattfinden

# Urbane Diversität

## Gereifte, informelle und geplante Siedlungen



# Individuelle Diversität

Jede Stadt wird sowohl von ihren Einwohnern als auch ihrer äußeren Form geprägt und bildet so ihre ganz spezielle Eigenart aus. Hier ein paar Beispiele:



Mumbai  
Geboren im 14. Jahrhundert  
Bevölkerung ca. 12,4 Mio.  
Metropolregion ca. 18,4 Mio.



Kopenhagen  
Geboren im 13. Jahrhundert  
Bevölkerung ca. 2,4 Mio.



Berlin  
Geboren 1250  
Bevölkerung ca. 3,5 Mio.



Kairo  
Geboren 969  
Bevölkerung ca. 10 Mio.  
Metropolregion ca. 18 Mio.



Guangzhou  
Geboren im 2. Jahrhundert v. u. Z.  
Bevölkerung ca. 12,4 Mio.  
Metropolregion bis zu 15 Mio.



São Paulo  
Geboren 1554  
Bevölkerung ca. 12 Mio.  
Metropolregion ca. 20 Mio.



Tokyo  
Geboren im 16. Jahrhundert  
Bevölkerung ca. 9,4 Mio.  
Metropolregion ca. 37 Mio.



Kigali  
Geboren 1907  
Bevölkerung über 1,2 Mio.



London  
Geboren um 50  
Bevölkerung ca. 8,5 Mio.  
Metropolregion ca. 13,5 Mio.



Ruhrgebiet  
Geboren im frühen Mittelalter  
Uplifting um 1850  
Bevölkerung über 5 Mio.

Jede Stadt wird von ihren Einwohnerinnen und Einwohnern und ihrer äußeren Form geprägt und gestaltet...

# Herausforderung (1): Infrastruktur



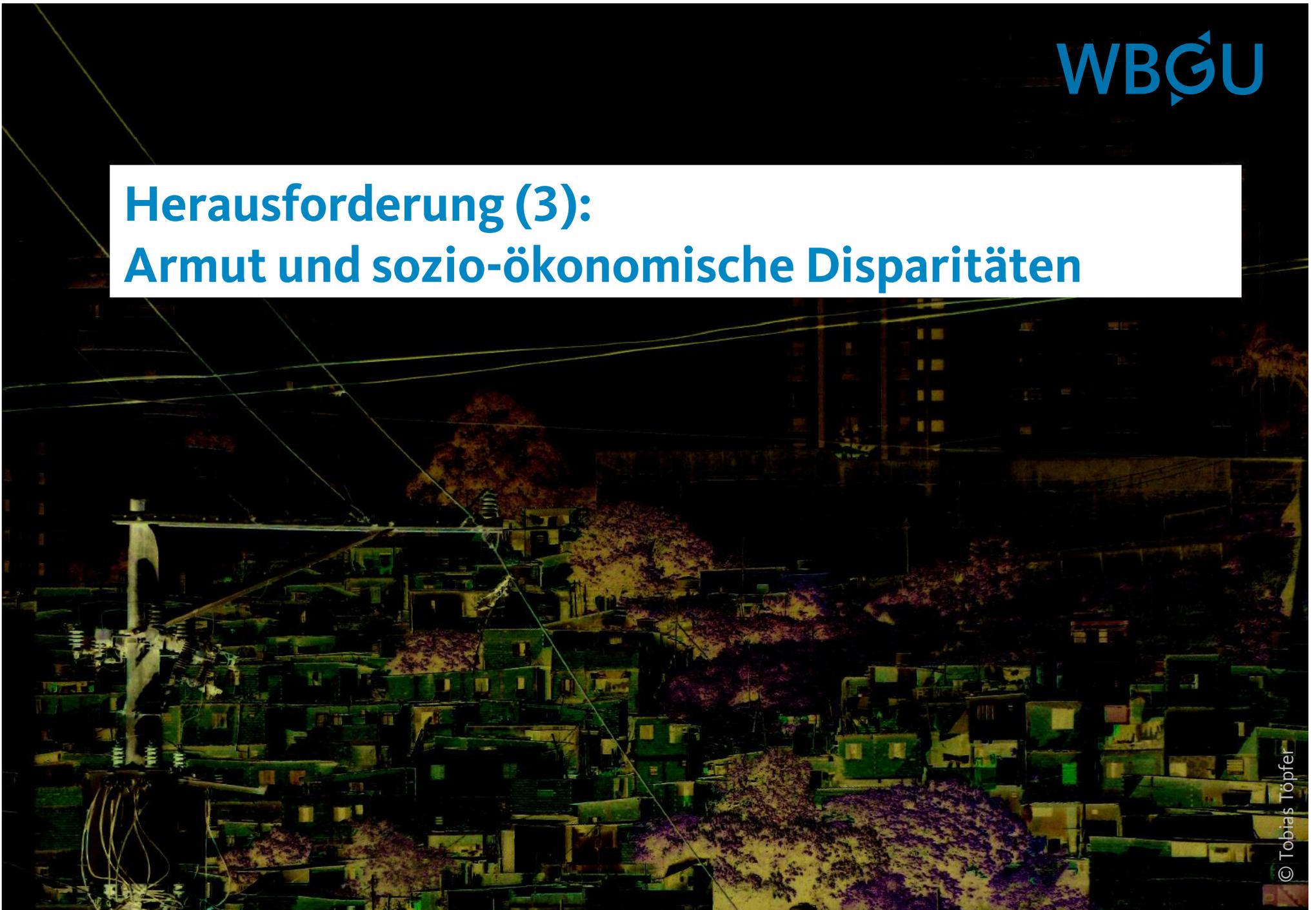
## Herausforderung (2): Umweltauswirkungen und Ressourcennachfrage



## Herausforderungen: Umweltauswirkungen und Ressourcennachfrage

- Städtische Räume: 70% der globalen Energienutzung und der globalen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen
- **Es wird sich in Städten entscheiden**, ob eine globale nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann  
(Pariser Übereinkommen, Agenda 2030)

## Herausforderung (3): Armut und sozio-ökonomische Disparitäten



## Stand der Forschung

- Fehlende Konvergenz in der Problembeschreibung
- Grenzen und Defizite in der Problemlösungssicht

⇒ viele sektorale Lösungen sind da, es bedarf übergreifender Herangehensweisen

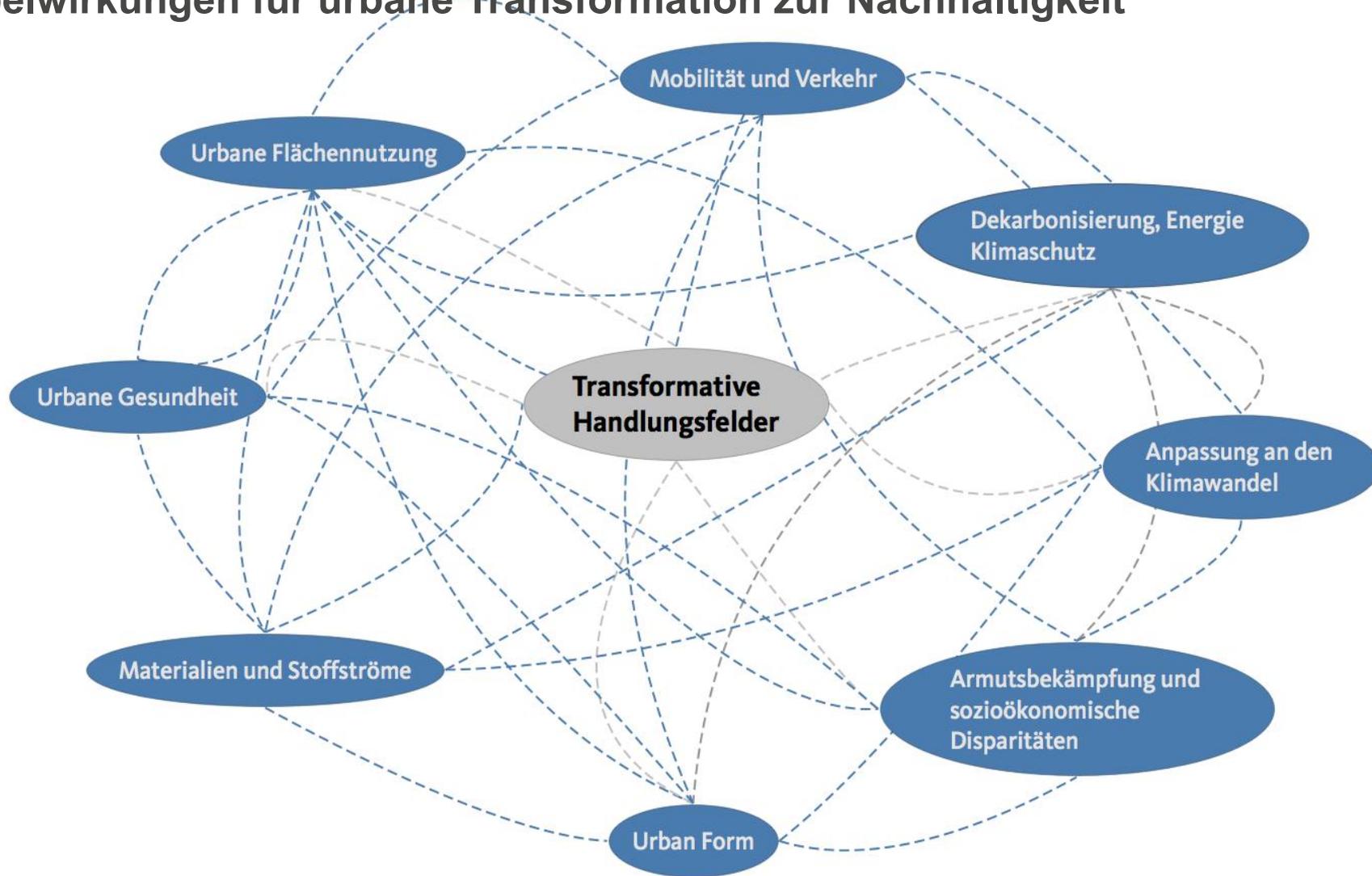
⇒ den meisten Berichten fehlt eine langfristige, transformative Sichtweise

⇒ Identifizierung transformativer Handlungsfelder



# Transformative Handlungsfelder

Bereiche der Stadtentwicklung mit den größten potenziellen Hebelwirkungen für urbane Transformation zur Nachhaltigkeit



# Transformative Handlungsfelder

## Mobilität und Verkehr



Manila



Portland

## Mobilität und Verkehr

### Ziele

- **Vollständige Dekarbonisierung der Verkehrssysteme bis 2070**
- **Inklusive urbane Mobilität (Unterziel SDG 11, accessible cities) bis 2030**
- **Innenstädte: perspektivisch nur noch emissionsfreie Mobilität**

### Maßnahmen und Handlungsansätze

- **Wohn- und Arbeitsquartiere durchmischt und in fußläufiger Nähe zu ÖPNV bauen**
- **ÖPNV für alle zugänglich und Straßen sicherer machen**
- **Motorisierten Individualverkehr in Innenstädten reduzieren**

## Materialien und Stoffströme

### Ziele

- Möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft in diesem Jahrhundert etablieren
  - Wiedergewinnung nicht erneuerbarer Ressourcen sicherstellen
- Beispiele:**
- **CO<sub>2</sub>-emissionsintensive Baumaterialien wie Stahlbeton durch klimaverträgliche Alternativen ersetzen**
  - **Verwertung vom Elektroschrott nachhaltig gestalten**

### Wichtige Maßnahmen und Handlungsansätze

- **Langlebig- und Reparierbarkeit von Produkten fördern (z.B. Ressourcensteuern)**
- **Verantwortlichen Umgang mit Abfall und Recycling fördern sowie illegalen Abfallhandel eindämmen**
- **Bauvorschriften: Modulare Bau- und Konstruktionsweisen, inkl. Rückbau- und Recyclingfähigkeit fördern, v.a. klimaverträgliche Baustoffe**
- **Öffentliche Beschaffung und Bauaufträge nachhaltigen Umgang mit Materialien und Stoffströmen berücksichtigen**

# DER NORMATIVE KOMPASS

Bei der Transformation der Städte in Richtung Nachhaltigkeit muss man auf drei Dinge achten:

## NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN ERHALTEN

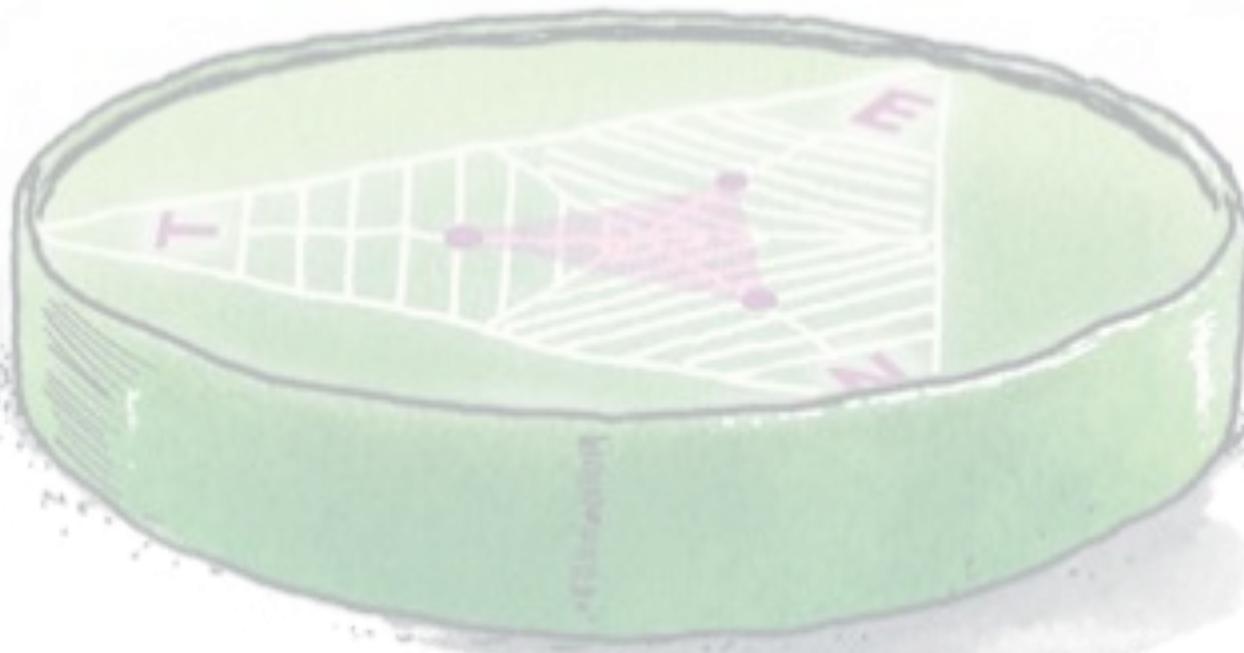
Alle Städte und Stadtgesellschaften sollten Wege einschlagen, die die planetaren Leitplanken einhalten.

## TEILHABE SICHERSTELLEN

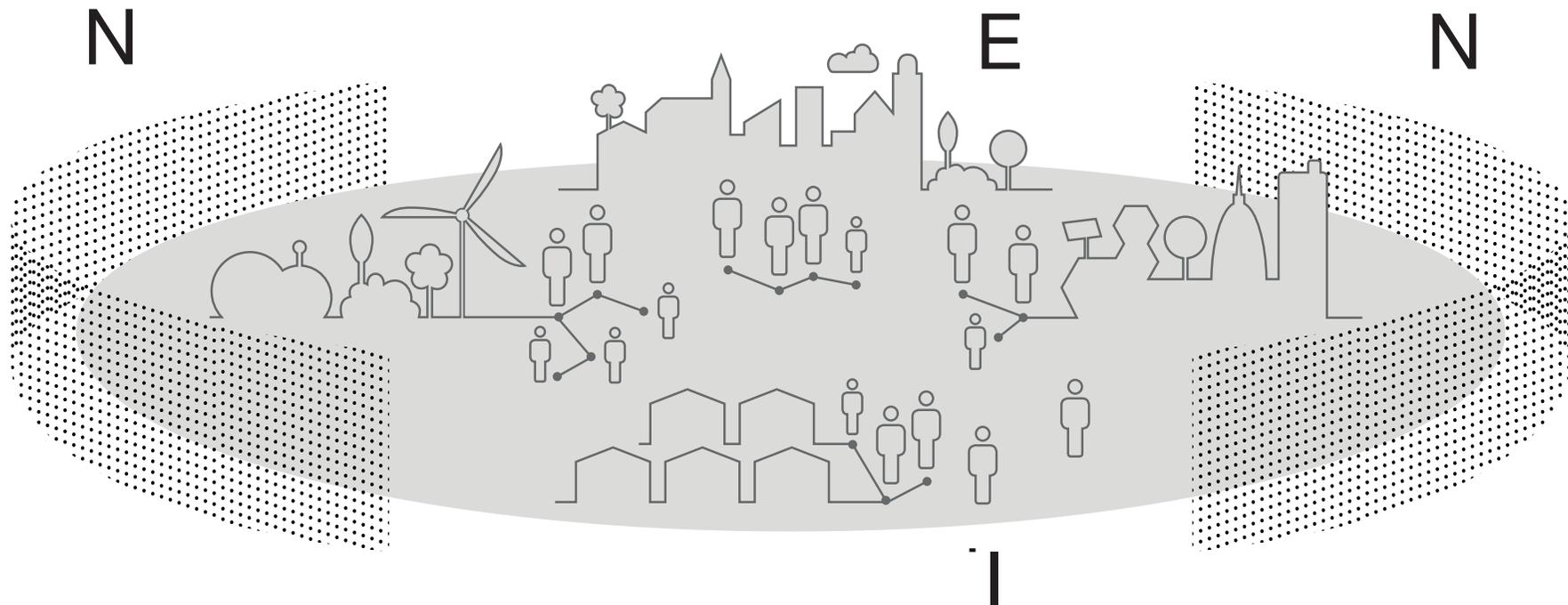
In allen Stadtgesellschaften sollten universelle Mindeststandards für substanzielle, politische und ökonomische Teilhabe eingehalten werden.

## EIGENART FÖRDERN

1. Bei allen Entscheidungen sollte man die soziokulturelle und räumliche Vielfalt der Städte berücksichtigen.
2. Städte sollten Voraussetzungen schaffen für Selbstentfaltung, Lebensqualität und Ortsidentität.



## Normativer Kompass: Gesellschaftsvertrag für eine urbane Transformation



## Eigenart: Diversität von Städten, Wohlbefinden, soziale Kohäsion, Kreativität und Innovation



Oval Maidan Park: Mumbai, Indien

**Raum & Wohlbefinden**  
Öffentlicher Raum,  
Grünflächen, Ästhetik



Campo de Fiori, Rom, Italien

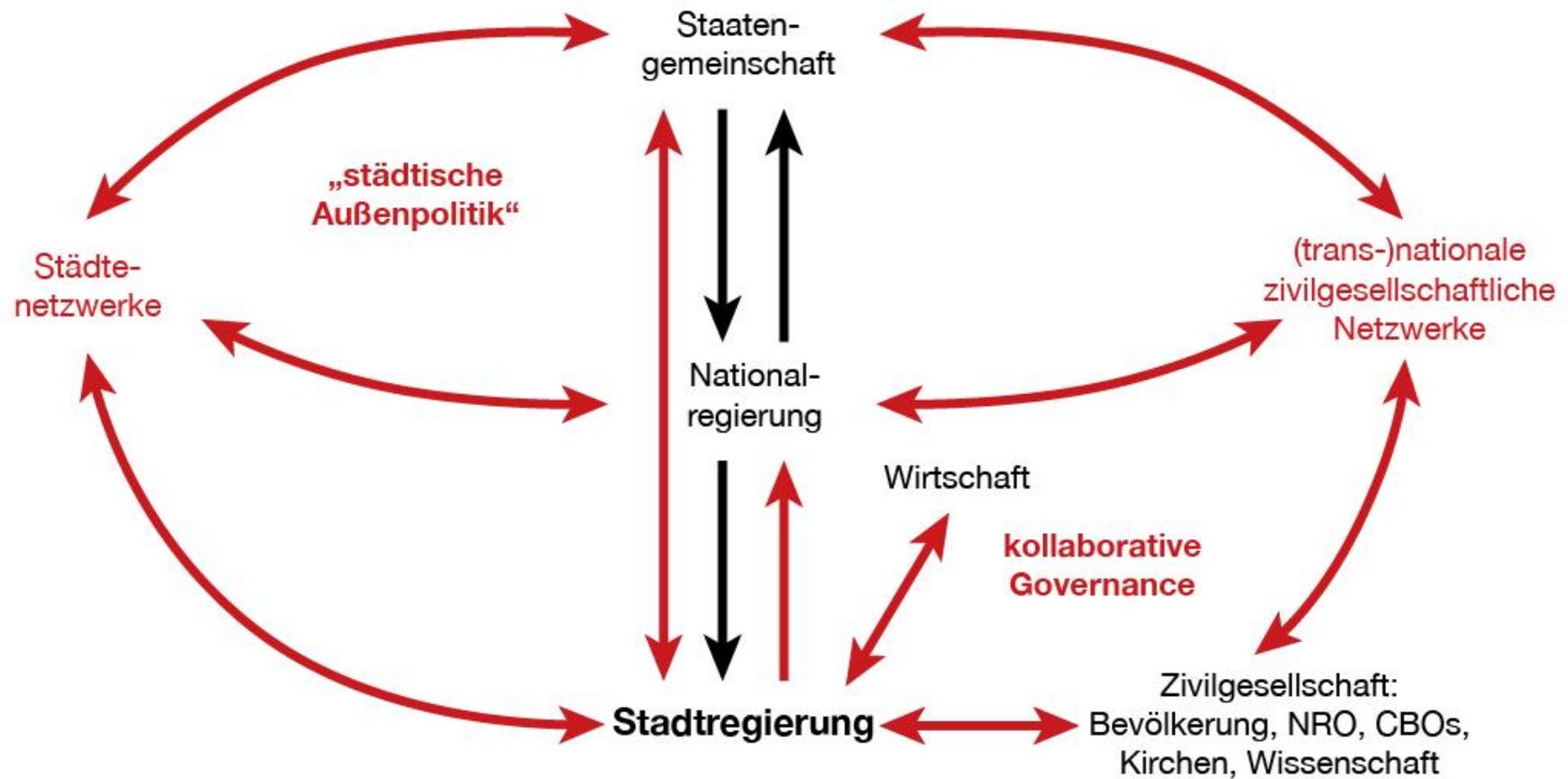
**Baulich-räumliche Gestalt  
von Städten & soziale  
Kohäsion**  
Identität, soziale Netzwerke,  
Nachbarschaft, Sicherheit,  
Vertrauen



CSD: Kopenhagen, Dänemark

**Kreativität & Menschen**  
Dichte der Kommunikation,  
Konnektivität, einzigartige  
Netzwerke,  
Innovation

## Polyzentrische Verantwortungsarchitektur



## **Transformative urbane Governance** (Regierungsführung, Lenkungsform, Gestaltung)

- Städte konstitutionell anerkennen (Recht auf kommunale Selbstbestimmung)
- Finanzielle, institutionelle und personelle Kapazitäten stärken und effektive Planungsstrukturen schaffen
- Stadtgesellschaften zur Mitgestaltung des Transformationsprozesses befähigen
- Chartas für urbane Transformation auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene vereinbaren!

## Habitat-III-Folgeprozess

- **Habitat-Konferenzen** alle 4 Jahre (statt alle 20)
- Reform und Stärkung des **UN-Habitat-Programms** (finanziell, institutionell, personell)
- Einrichtung eines **wissenschaftlichen Beratungsgremiums**
- **Agenden G7 / G20**: Transformation der Städte zur Nachhaltigkeit
- Stärkung von **Städtenetzwerken** in der internationalen Politik
- Thema Urbanisierung in **Entwicklungszusammenarbeit** sowie Forschung stärken
- Nachhaltige Urbanisierung zum zentralen Thema der **Weltpolitik** machen: “Globale Charta nachhaltiger Entwicklung”



## Auch als Comic

